

Unsoziale Pläne zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer umgehend stoppen II (Plenarsitzung vom 25.02.2011)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. -Für die Fraktion Die Linke spricht Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man eine so eiskalte und zynische Politik gemacht hat wie CDU und FDP in den letzten fünf Jahren, sollte man den Ball ganz flach halten.

(Zuruf von der SPD: Aber ganz flach!)

Sie und ihr ehemaliger Ministerpräsident Rüttgers stehen in Nordrhein-Westfalen für eine käufliche Politik, für die Sie abgewählt worden sind. CDU und FDP als soziale Gerechtigkeitsparteien: Also ehrlich gesagt, das taugt nicht mal für den bevorstehenden Karneval.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir sagen als Linke sehr deutlich: Wir wollen denen, die sowieso nicht viel haben, nicht in die Tasche greifen. Im Übrigen hat die Linkspartei auch keine Gängelbänder. Das Bild, das Sie entworfen haben, geht völlig an der Realität vorbei, und die Argumentation, die Sie heute vorgebracht haben, ist schon sehr abenteuerlich.

Die Realität sieht doch so aus, dass gerade Sie, CDU und FDP, wenn man sich anschaut, was Sie in Berlin machen, diejenigen sind, die immer wieder den Menschen, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben, in die Tasche greifen: Stichwort „Gesundheitsreform“, Stichworte „Hoteliers/Mövenpick“, Stichworte „Erbschaftsteuer/Begünstigung der Reichen“, Stichworte „Spitzensteuersatz/Besserverdienende“.

Das ist doch die Politik, die Sie machen – eine eiskalte Klientelpolitik, die immer wieder von unten nach oben umverteilt, statt endlich denjenigen ein bisschen mehr in die Tasche zu greifen, die tatsächlich Millionen verdienen. Die Banker, die mit Millionenabfindungen nach Hause geschickt werden, das ist Ihre Politik, die Politik von CDU und FDP, für die Sie gerade in Nordrhein-Westfalen stehen. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie jetzt wieder eine Blockadehaltung einnehmen und die Grunderwerbsteuererhöhung, die wir natürlich fordern, kritisieren, kann ich Ihnen nur sagen: Wie wollen Sie denn eine auskömmliche Finanzierung von Kindertagesstätten erreichen, die Sie mit Ihrem KiBiz-Gesetz nachhaltig geschädigt haben?

Wie wollen Sie eine vernünftige Politik für die nordrhein-westfälischen Schulen machen? Wir brauchen bessere Zukunftschancen für die jungen Menschen. Wir brauchen eine bessere Bildung. Wir brauchen bessere Schulen. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer. All das ist notwendig. Wir brauchen bessere Hochschulen. Dafür haben Sie überhaupt keine Vorsorge getroffen. Im Gegenteil!

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben eine eiskalte, zynische Klientelpolitik in Nordrhein-Westfalen betrieben. Sie haben gekürzt.

2005 sind Sie noch durch den Wahlkampf gezogen und haben bei den Initiativen mitgemacht, die sich gegen Kürzungen im Landesjugendplan ausgesprochen haben. Was haben Sie gemacht, als Sie kaum an der Regierung waren? Sie haben 17 Millionen € im Landesjugendplan gekürzt.

Das ist die Realität Ihrer Politik, wie wir sie hier erlebt haben. Wenn Sie sich jetzt hier als soziale Gerechtigkeitsparteien aufspielen, schlägt das wirklich dem Fass den Boden aus. Für Ihre Politik sind Sie abgestraft worden. Sie werden hoffentlich in den nächsten Landtagswahlen in anderen Bundesländern sowie spätestens 2013 in Berlin auch abgestraft. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister.